

WIRTSCHAFT & ETHIK

Das Magazin der Gesellschaft zur Förderung
von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

35. Jahrgang

2/2025

Populismus



Hans-Jörg Naumer
**Die Logik des
„Wir gegen die“
durchbrechen?**



Ingo Pies
**Wehrhafte
Demokratie?**

Inhalt:

- 02 Editorial**
Werner Lachmann
- 03 Die Logik des „Wir gegen die“ durchbrechen?**
Hans-Jörg Naumer
Meinung
- 05 Wehrhafte Demokratie?**
Ingo Pies
- 07 Nachruf Doris Lachmann**
- 08 Meinung**
Schluss oder Fehlschluss der Menschenwürde
Zur gescheiterten Richterwahl für das Bundesverfassungsgericht
Christian Müller
Meinung
- 10 Rückkopplung von wirtschaftlicher, sozialer und spiritueller Gesundheit nötig**
Matthias Vollbracht
- 11 Impressum / Wer wir sind**
Meinung
- 12 Ein Kruzifix ist auch eine Erinnerung an ein Vorbild**
Elmar Nass

Sie wollen Wirtschaft & Ethik regelmäßig beziehen – als Privatperson, Unternehmen oder Verband?

Abonnieren Sie uns! Kostenlos!

Eine kurze Nachricht genügt:
info@wirtschaftundethik.de
oder **0175/1117055**
(Telefon, WhatsApp, SMS).



Liken Sie die GWE bei Facebook!

Liebe Interessenten und Freunde,

Meine geliebte Ehefrau lag in der Palliativstation des hiesigen Krankenhauses. Eine Hospizdame wollte sie auf ihrem letzten Weg trösten und war überrascht, dass meine Frau so zuversichtlich war. Sie fragte daher: Warum? Meine Frau antwortete: „Wenn ich wieder gesund werde, freue ich mich, dass ich bei meiner Familie sein kann. Wenn nicht, freue ich mich, bei meinem Herrn zu sein.“ Verdutzt fragte die Hospizdame: Bei welchem Herrn? Eine Stunde hat meine Frau dann auf dem Totenbett ihr erklärt, was es heißt ein Christ zu sein.

So traurig es für unsere Kinder und mich ist, für sie war es so besser. Ihr Leiden hat nun ein Ende und es gilt Jesu Wort: Siehe, ich mache alles neu! Wenn etwas zerbricht, so haben wir oft den Wunsch, dass es wieder neu wäre. Zerbrochenes lässt sich jedoch nicht heilen. Die Jahreslosung für das kommende Jahr aus Offb. 21,5 lautet: „Gott spricht: Siehe, ich mache alles neu!“ Dies ist kein frommer Wunsch, es ist eine gültige tröstliche Verheißung.

In Kapitel 21,5 ist es das erste Mal, dass es in der Offenbarung heißt, dass GOTT spricht. Es ist wie am ersten Schöpfungstag: Gott sprach ... und es ward! Und Gott heilt nicht teilweise: Er macht ALLES neu. Und in Psalm 33,9 heißt es: Wenn er spricht, so geschieht's.

Er macht alles neu – hat Gott denn etwas falsch gemacht? Stand nicht am Anfang: „Und siehe, es war sehr gut?“ Doch mittlerweile haben die Menschen in sein Werk eingegriffen und es besser machen wollen. Was dabei herausgekommen ist, liegt auf der Hand. Nach den schlimmen Eingriffen des Menschen, griff Gott erneut ein mit seiner Zusage alles neu zu machen. Als Jesus erschien, begann diese neue Schöpfung. Wenn der Herr Jesus in ein Leben eintritt, wird alles neu.

Ich bekomme ein neues Verhältnis zu meiner Vergangenheit, er hat meine Verfehlungen durch seinen Kreuzestod bereinigt, es ist alles vergeben, ausgelöscht. Ich bekomme ein neues Verhältnis zur Gegenwart: Jesus bestimmt und leitet mich in meinem neuen Leben. Er führt mich auf rechter Straße. Ich bekomme ein neues Verhältnis zu meiner Zukunft: Jesus wird mich nach dem Ableben in die Herrlichkeit mit seinem Vater aufnehmen.

*Wenn nach der Erde Leid, Arbeit und Pein, ich in die goldenen Gassen zieh ein,
wird nur das Schaun meines Heilands allein Grund meiner Freude und Anbetung sein.
Das wird allein Herrlichkeit sein, wenn frei von Weh ich sein Angesicht seh.*

(Hedwig von Redern, 1905)

Dies wird mein letztes Editorial sein. Ich danke allen, die die Arbeit der GWE unterstützt haben. Der bekannte englische Prediger Charles H. Spurgeon soll oft bei einem Abschied zu Menschen gesagt haben: „Triff mich im Himmel wieder“. Dies soll auch mein Wunsch sein, dass die Leser ein persönliches Verhältnis zu Jesus Christus haben und damit an die größtmögliche Kraftquelle angeschlossen werden.

Daher gehen diese Christen mutig und mit sicheren Schritten in das kommende Jahr. Sie haben einen festen Orientierungspunkt in der Zukunft, der sie mit Freude erfüllt. Wenn die Erde vergeht, wird Jesus einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, ihre neue Heimat, auf die sie zuleben. Dann werden wir ihn schauen von Angesicht zu Angesicht. In der neuen Welt gibt es kein unerfülltes Sehnen mehr. Jesus wird dann unsere Gedanken und unser Handeln durch seine Gegenwart prägen. Alles wird dann neu sein. Sind Sie mit dabei?

Ihnen wünsche ich eine gesegnete Adventszeit und für das neue Jahr 2026 Gottes Segen und Sein Bewahren für Ihr persönliches Leben

Mit allen guten Wünschen

Ihr

Werner Lachmann
Ehrensitzender der GWE



Die Logik des „Wir gegen die“ durchbrechen?



Foto: unsplash.com

Ein Gespenst geht um in Europa und der Welt: Das Gespenst des Populismus. Es ist nicht einmal ein neues Phänomen. Es lässt sich bis an den Beginn des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen, und zeigt sich in unterschiedlichen Ausprägungen, in Lateinamerika ebenso wie in Europa und den USA. Populismus kommt in unterschiedlichen Spielarten vor. Während der linke Populismus, der typischerweise in Lateinamerika dominiert, den Wohlfahrtsstaat und Umverteilung sowie starke staatliche Eingriffe in die Wirtschaft propagiert, schürt der Populismus von rechts Fremdenangst, betont traditionelle Werte und tritt eher für Deregulierung und einen schwachen Staat ein.

Cas Mudde hat den schillernden Begriff des Populismus auf ein „Wir gegen Die“ zurückgeführt. „Wir – das wahre Volk“ gegen „Die – die Eliten.“ Damit wird deutlich, dass es sich im Kern um ein ökonomisch getriebenes Phänomen handelt: Es geht um Verteilungskonflikte. Dabei, so der Ökonom John Friedman, dominiert eine „Nullsummenmentalität“: Der Glaube, was der eine bekommt, wird dem anderen weggenommen. Die Chancen wirtschaftlichen Wachstums entlang dessen auch der eigene Wohlstand größer werden kann, werden nicht wahrgenommen. Das erklärt auch, warum sehr unterschiedliche Treiber den Populismus befeuern. Wie die Populismusforschung zeigt, gehören hier die Globalisierung genauso dazu, wie der technologische Wandel, die Migration, die globale Finanzkrise von 2008 oder auch (!) die Dekarbonisierung, also der Kampf gegen den Klimawandel. Interessanterweise wird die Ungleichheit nur dann zu einem Katalysator, wenn das Verteilungsergebnis als ungerecht empfunden wird, da z.B. die soziale Mobilität fehlt.

Populismus polarisiert, weil er den Verteilungskampf antreibt. Die jüngsten Wahlen in den USA, Europa und Deutschland erinnern daran. Die Wahlumfragen schreiben das Bild fort.

Wie aber die Logik des „Wir gegen Die“ durchbrechen?

Um die Logik des „Wir gegen Die“ zu durchbrechen, muss der Verteilungskonflikt gelöst werden. Statt um größere Stücke eines gleich groß bleibenden – oder sogar schrumpfenden – Kuchens zu kämpfen, müssen die Stücke für alle größer werden.

Dramatisch ist dabei, dass der Populismus genau das Gegenteil erreicht: Die Analyse von Funke, Schularick und Trebesch zeigt sehr deutlich, dass von Populisten geführte Regierungen überall auf der Welt seit 1900 bis heute Wachstumseinbußen hervorgebracht haben. Anders ausgedrückt: Sie nähren sich von Verteilungskonflikten, doch statt diese zu lösen, verschärfen sie sie. Und nicht nur das: Sie versagen bei allen entscheidenden Versprechen. Das Pro-Kopf-Wachstum, als wichtigster Wohlstandsindikator, fällt, Verschuldung und Inflation steigen. Auch führt der Verteilungskampf gegen „die Eliten“ nicht zu weniger Ungleichheit bei den Einkommen. Die Lohnquote bleibt auch längerfristig unter populistisch geführten Regierungen unverändert. Es droht ein **populistischer Teufelskreis**: Der sich verschärfende Verteilungskampf wird zum eigenen Machterhalt immer weiter angefeuert.

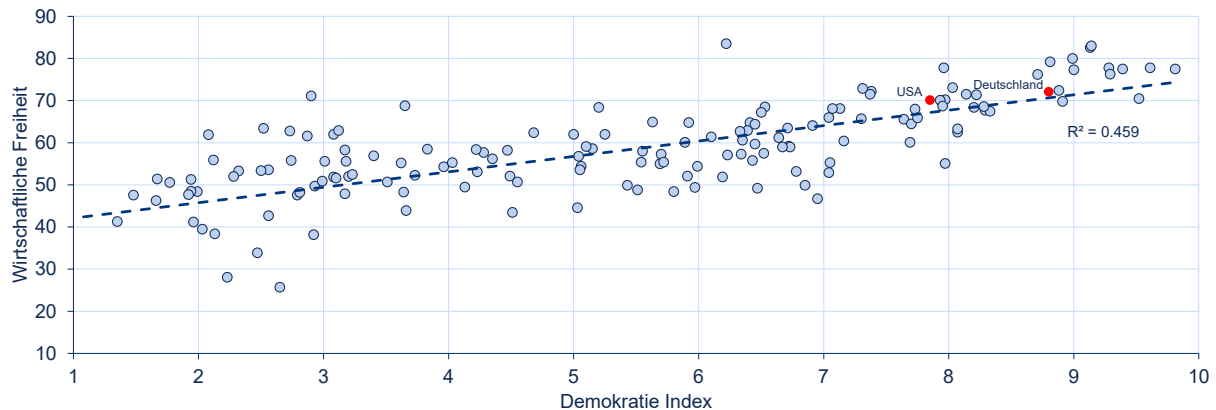
Und: Die merklichen Wohlstandsverluste setzen sich bis hinein ins eigene Portfolio fort. Wie unsere Berechnungen zeigen, ist die Aktienmarktentwicklung nach der Machtübernahme durch Populisten konsistent mit der Entwicklung des Pro-Kopf Wachstums. Was schlecht für Wachstum und Wohlstand ist, ist am Ende auch schlecht für die Kapitalanlage.

Ein erster Schritt zu mehr Wachstum und damit auch zu weniger Polarisierung, wäre deshalb eine Stärkung der Institutionen und damit der Demokratie.

Wirtschaftliche Freiheit und Demokratie

Index wirtschaftliche Freiheit vs. Demokratie Index

Deutschland und USA rot markiert



Quellen: Wirtschaftlicher Freiheits Index (Heritage Foundation) und EIU (Economist Intelligence Unit); AllianzGI Global Capital Markets & Thematic Research, Stand 2022

1

Wie nicht zuletzt Acemoglu, Restrepo und Robinson zeigen, besteht zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum nicht nur eine positive Korrelation, sondern ein kausaler Zusammenhang: Je höher der Grad an Demokratie, umso höher das Wirtschaftswachstum. Und der Quervergleich der Länder zeigt: Je demokratischer die Länder sind, desto marktwirtschaftlicher ist auch deren Wirtschaft. Der Kreis schließt sich.

Die „offene Gesellschaft“, wie sich die Demokratie im Duktus von Popper beschreiben lässt, braucht die „offene Wirtschaft“ (vgl. Abbildung), und das heißt auch: offen für den globalen Handel. Der „Wohlstand der Nationen“ (Adam Smith), wird durch den Wettbewerb der Nationen (David Ricardo) gefördert. Wir brauchen mehr und nicht weniger Globalisierung.

Um die (Fake-)Narrative zu durchbrechen, derer sich Populisten typischerweise bedienen, müssen auch die **ökonomische und finanzielle Bildung** gestärkt werden. Diese sind eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe und (politische) Mündigkeit. Wer seine Finanzen nicht versteht, von dem kann kaum erwartet werden, dass er richtig investiert um damit Vermögensbildung und Unabhängigkeit zu stärken. Wer ökonomische Grundfragen nicht kritisch durchdenken kann, wird ein leichtes Opfer für (wirtschafts-)politischen Populismus. Damit aber wird ökonomische Bildung relevant für unsere Demokratie. Wie kann jemand ein politisches Urteil fällen, wenn er die ökonomischen Konsequenzen nicht versteht? Er wird ein leichtes Opfer populistischer Narrative. Ökonomische Bildung hilft Vermögen zu bilden, Ungleichheit zu senken und unsere Demokratie zu stärken.

Konsequenterweise gehört zur Populismus-Prophylaxe die Stärkung der Vermögensbildung. Wohlstand muss auch „Wohlstand für alle“ heißen. „Wenn substantielle Teilgruppen der Gesellschaft das Gefühl haben, dass sie von der bestehenden Gesellschaftsordnung keine Vorteile erwarten können, ... dann verlieren die bestehenden demokratischen Institutionen ... Legitimität“ stellt der Ökonom Tim Krieger fest. Während das Eigentum konstitutiv für eine Marktwirtschaft ist, muss auch der Weg dorthin, die Vermögensbildung, gefördert werden. Privates Eigentum wirkt dem Gefühl des Autonomieverlusts entgegen. Was Vermögensbildungspolitik auf die Agenda rückt. Als Sofortmaßnahme spricht auch dafür, die gesetzliche Rente zumindest teilweise auf Kapitalbildung in privater Hand umzustellen. Wer selbst Vermögen (für das Alter) bildet, ist weniger abhängig von politischen Entscheidungsprozessen. Die Bereitschaft dazu ist da, wie eine repräsentative Umfrage des Deutschen Institut für Vermögensbildung und Alterssicherung im Auftrag von Allianz Global Investors belegt.

Es gilt die Logik des „Wir gegen Die“ zu durchbrechen. Es geht nicht nur um die Stärkung unserer Demokratie, sondern auch unseres Wohlstands. Beides bedingt einander.



Dr. Hans-Jörg Naumer

leitet seit 2000 Global Capital Markets & Thematic Research bei Allianz Global Investors.

Neben zahlreichen Veröffentlichungen ist er Herausgeber und (Co-)Autor mehrerer Bücher, u.a. zur Vermögensbildungspolitik und „Kapitalismus. Populismus. Demokratie.“

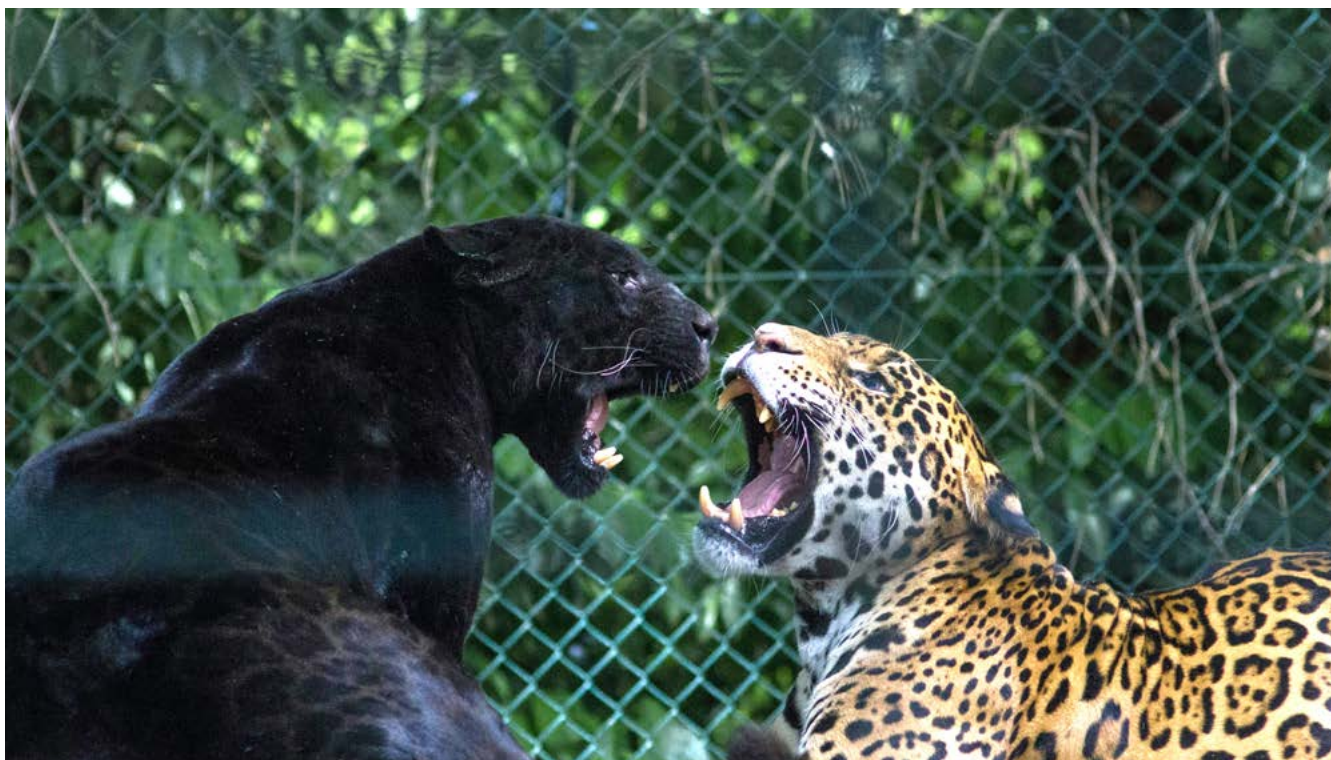


Foto: unsplash.com

Wehrhafte Demokratie?

von Ingo Pies*

In Deutschland wird die wehrhafte Demokratie auf den Plan gerufen. Was ist davon zu halten?

Alle westlichen Demokratien haben in den letzten Jahren eine Zunahme populistischer Strömungen erlebt, die das Links-Rechts-Schema subversiv unterspülen. Erstarkender Populismus löst eine politische Rotationswirkung aus: Die primäre Frontstellung kippt aus der Horizontalen – ‚links‘ versus ‚rechts‘ – in die Vertikale: Jetzt geht es um ‚unten‘ versus ‚oben‘.

Populismus heißt, mit rabiater Rhetorik die subjektive Unzufriedenheit über wahrgenommene (tatsächliche oder eingebildete) Missstände den Mächtigen zur Last zu legen. Das Establishment wird auf die Anklagebank gezerrt und schuldig gesprochen, korrupt zu sein und versagt zu haben. Typisch ist der an die Elite(n) gerichtete Vorwurf, die Interessen des Volkes zu verraten und generell unwillig oder unfähig zu sein, diese Interessen verstehen und repräsentieren zu können. *Populismus ist an Personen adressierte Elitenbeschimpfung* – und mithin ein demokratisches Allerweltsphänomen. Das hat es immer schon gegeben.

Neu hingegen ist, wie die beschimpften Eliten zu einer *Gegen-Beschimpfung* übergegangen sind. Mittlerweile wird mit gleicher Münze heimgezahlt, also mit rabiater Rhetorik und rigorosem *Anti-Populismus*. Kritiker werden abgestempelt und delegitimiert: als Querulanten, Wutbürger, Mob, Pack. Da es aber in westlichen Gesellschaften als unschicklich gilt, von ‚oben‘ herab

die Populisten da ‚unten‘ quasi als gesellschaftlichen ‚Bodensatz‘ zu kritisieren, werden sie als Faschisten oder Nazis angesprochen, also *rechtsextrem* verortet – und ausgegrenzt. Dieser Kunstgriff lässt sich in vielen Demokratien beobachten, nicht nur in Deutschland, hier aber besonders: Populisten wird unterstellt, ihr Populismus sei getrieben von Rassismus, Fremdenhass und Demokratiefeindlichkeit. So erscheinen die Kritiker mitsamt ihrer Kritik als letztlich indiskutabel. Anstatt sich mit ihren Argumenten inhaltlich auseinanderzusetzen, werden sie tabuisiert, nach dem Motto: Dieser Pöbel ist kein ernstzunehmendes Volk. Deshalb darf man seinen Parolen keine Plattform geben. Stattdessen setzt man auf forcierte Exklusion: auf einschüchternde Stigmatisierung, verengte Meinungskorridore und sprachpolizeiliche Repression, auf Kontaktvermeidung und androhte Parteiverbote sowie auf eine Mobilisierung zivilgesellschaftlicher und medialer Milieus subventionierten Gegenprotests.

Dieses Aufeinanderprallen eines *Populismus* von ‚unten‘ und eines *Anti-Populismus* von ‚oben‘ spaltet die Gesellschaft in zwei Lager, aktiviert ein tribalistisches Freund-Feind-Denken und stellt den demokratischen Prozess radikal um: von Interessenpolitik auf *Identitätspolitik*. So kommt es zu *affektiver Polarisierung* und moralisch motivierter *Argumentationsverweigerung*: Erst begegnet man sich mit Verachtung, und schließlich verachtet man sich so sehr, dass man Begegnungen lieber gleich ganz aus dem Weg geht. Man redet nicht mehr miteinander, sondern

* Dieser Artikel wurde in der Berliner Zeitung am 20.9.2025 als Open-Source-Text veröffentlicht, und zwar unter dem (am 23.9.2025 nochmals veränderten) Titel „Wenn der Dialog verstummt: Demokratie stirbt durch Spaltung“, <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/unten-versus-oben-was-die-gesellschaft-spaltet-und-folglich-unsere-demokratie-gefaehrdet-li.2354941>. In der Open-Source-Version gibt es keine Kursivsetzungen. Zudem wurden dort die ersten beiden Einleitungssätze sowie der Anhang weggelassen.



allenfalls noch übereinander – und konsequent aneinander vorbei. Man hört den anderen nicht mehr zu, nimmt sie nicht ernst, aber regt sich darüber auf, wie die darauf reagieren. Inhaltliche Auseinandersetzungen finden kaum noch statt.

Dass all dies die Demokratie gefährdet, steht außer Zweifel. Aber wo genau liegt die Ursache? Populisten identifizieren Eliten und diese wiederum identifizieren Populisten als Quelle der Gefahr. Dabei ist es die *toxische Symbiose* von Populismus und Anti-Populismus – die von *beiden Seiten* befeuerte *Eskalationsspirale* einer Trivialisierung, Tribalisierung und Tribunalisierung der politischen Auseinandersetzung –, die die auf freie Interessenartikulation und friedlichen Interessenausgleich ausgerichteten Politikprozesse *operativ* zunehmend außer Kraft setzt. Der Adrenalinpegel steigt. Das Argumentationsniveau sinkt. Diskurse werden blockiert. Orientierung kommt abhanden. Problem- und Konfliktlösung findet kaum noch statt. So gerät Demokratie in Gefahr.

Demokratie beruht auf antagonistischer *Kooperation*: auf einem konstruktiven *Zusammenspiel* von Regierung und Opposition. Aber wie soll das noch funktionieren, wenn die einen sich zu der Vorstellung versteigen, die Regierung müsse weg, koste es, was es wolle; und wenn spiegelbildlich die anderen sich in die Vorstellung hineinsteigern, die Opposition müsse um jeden Preis daran gehindert werden, jemals die Regierung zu stellen? So betrachtet ist es besorgniserregend, mit welcher purer Unvernunft – symmetrisch: auf beiden Seiten! – die Zahl derer zunimmt, die sich in einen Ausnahmezustand hineinimaginieren und in die Selbstermächtigungsdevise, um das Schlimmste zu verhindern, sei ihnen alles erlaubt. Zur Erinnerung: Das demokratische Postulat bürgerlicher Vernunft ist, einen Ausnahmezustand vermeiden zu helfen.

De-Eskalation erfordert die Bürgertugend kritischer Selbstreflexion: Es ist nicht hilfreich zu fragen, *wer* die Demokratie gefährdet. Das treibt uns nur immer weiter in die identitätspolitische Sackgasse moralisierender Anklagen und Schuldzuweisungen. Stattdessen müssen wir fragen, *was* die Demokratie gefährdet. Mit diesem Perspektivwechsel geraten *prozedurale* Defizite ins Blickfeld. Und genau das weist uns den Weg aus der Sackgasse heraus: Es sind bestimmte *Formen* eines mittlerweile allgemein verbreiteten Fehlverhaltens, die uns daran hindern, die politische Auseinandersetzung so zu führen, dass die enormen Strukturprobleme, die wir seit der globalen Finanzkrise aufgehäuft haben, mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden können.

Die vor uns liegenden Herausforderungen sind gewaltig, und der Problemdruck wächst. Den Luxus, das einfach auszusitzen und die Schmerzsymptome mit staatschuldfinanzierten Geldspritzen zu betäuben, werden wir uns nicht dauerhaft leisten können. Das bedeutet: Wir müssen, als Demokraten, die Problemlösungsfähigkeit unseres politischen Systems deutlich erhöhen. Das geht nur, indem wir so explizit wie nur möglich von den politischen Akteuren verlangen, aufeinander zuzugehen und zu der demokratischen Tradition zurückzukehren, öffentlich um das bessere Argument zu ringen.

Dazu kann jede einzelne Person ihren Beitrag leisten, indem sie elementare Anstandsregeln einhält und deren Verletzung durch andere offen und respektvoll anspricht. Als Demokraten sollten wir uns die von Populisten wie Anti-Populisten betriebene Dämonisierung von Personen und das damit verbundene Hintertreiben inhaltlich fundierter Sachdiskussionen nicht länger gefallen lassen. Wir haben Besseres verdient als *Politiktheater*, das auf *Politikvermeidung* hinausläuft. Die Devise demokratischer Revitalisierung lautet: *Politik-Stimulierung* statt *Politik-Simulierung*.

Diskursversagen ist die Achillesferse der Demokratie. Deshalb müssen wir hier ansetzen und die teils dysfunktional gewordene Öffentlichkeit als wertvolles Kollektivgut („epistemic commons“) wieder instand setzen:

- Verständigung braucht Verständnis. Darum sollten wir Formen von Bevormundungsjournalismus couragiert abwählen und als Medienkonsumenten überall dort abwandern, wo nicht berichtet und beschrieben, sondern vorgeschrieben wird. Kunden können kündigen.
- Wo man nicht kündigen kann, ist Widerspruch erlaubt. Zivilcourage heißt, Fehlverhalten nicht schweigend hinzunehmen, sondern Akteure auf Regelverstöße hinzuweisen. Höflich und sachlich formuliert, können Leserbriefe, Petitionen, Beschwerden und (Er-)Mahnungen wohltuende Wirkungen entfalten. Wir selbst haben es in der Hand, Mut zur Mündigkeit aufzubringen, indem wir unsere demokratische Feedback-Kultur verbessern.
- Unsere mediale Öffentlichkeit benötigt neue Diskussionsformate. Talkshows beispielsweise dienen oft mehr dem Schlagabtausch als dem Gedankenaustausch. Da zählen Treffer mehr als Argumente. Warum ändern wir das nicht? Etwa indem wir von Kontrahenten einfordern, die Gegenposition korrekt darzustellen. Und dann deren Vertreter fragen, ob ihre besten Argumente richtig wiedergegeben wurden. Dies würde die Diskussion zivilisieren, ihr Niveau heben und der Degenerationsdynamik von *entertainment* über *infotainment* zu *angertainment* entgegenwirken. Zudem würde es die demokratische Einsicht bestärken, dass es in einer politischen Debatte auf allen Seiten immer auch gute Absichten, berechnete Anliegen und valide Argumente gibt.

Es gilt, *prozedural* dafür zu sorgen, dass unsere Demokratie wieder in Gang kommt, indem wir verhindern, dass (Anti-)Populisten sich gegenseitig blockieren und Politikprozesse lahmlegen. Wir müssen uns bewusst sein, dass es in einer Demokratie nicht darum geht, Gegner zu bekämpfen oder gar Feinde zu besiegen. Sondern darum, einen offenen Meinungsaustausch und friedlichen Interessenausgleich zu organisieren, der das kollektive Zusammenleben für ausnahmslos alle Beteiligten einigermaßen erträglich macht. Überzeugte Demokraten wissen, dass die akzentuierte Betonung beim Wort „*Streitkultur*“ nicht auf die erste, sondern auf die beiden letzten Silben zu legen ist.

Wo dies in Vergessenheit gerät, führen ausgerechnet jene einen Angriff auf die Integrität bestens bewährter Institutionen, die sich selbst im Verteidigungsmodus wähen, gerade *weil* sie sich als Freunde der Demokratie verstehen – die von ‚unten‘ im Namen des „Volkes“, die von ‚oben‘ unter dem Banner (und Bannspruch) eines „nie wieder ist jetzt“. Deshalb wird es dringend Zeit, sie zur Besinnung zu bringen. Bevor es zu spät ist. Denn wenn Probleme nicht friedlich gelöst werden, kommt unweigerlich Gewalt(bereitschaft) ins Spiel. Dann hat man es wirklich mit Extremismus zu tun.

Die tiefere Ursache unserer gegenwärtigen Misere sind nicht Charakterdefizite und böse Absichten politischer Akteure, sondern ein *Reformstau* ungelöster *Strukturprobleme* und erodierendes *Systemvertrauen*, weil wir es zugelassen haben, dass die Verfahren politischer Problemlösung leichtfertig außer Kraft gesetzt werden. Das ist es: eine prozedurale *Diskurs- und Politikblockade*, wogegen wir die vitalen Abwehrkräfte unserer wehrhaften Demokratie aktivieren sollten.

Zusatz: Dieser Artikel wurde vor dem Mordanschlag auf Charlie Kirk fertiggestellt. Die auch in Deutschland zu beobachtenden Reaktionsmuster bestätigen die Diagnose affektiver Polarisierung und unheilvollen Lagerdenkens.



Prof. Dr. Ingo Pies

Jahrgang 1964, ist seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er arbeitet dort an einem „ordonomischen“ Forschungsprogramm. Das Kunstwort „Ordonomik“ soll zum Ausdruck bringen, dass es um eine zugleich verfassungsphilosophische und verfassungsökonomische Gesellschafts(ordonungs)theorie geht: um eine Interdependenz-Analyse der Verfassung des Denkens und der Verfassung des Handelns. Im Jahr 2022 hat Ingo Pies im Wissenschaftlichen Verlag Berlin (wvb) zwei Bücher zur Ordonomik publiziert: (a) Kapitalismus und das Moralparadoxon der Moderne; (b) 30 Jahre Wirtschafts- und Unternehmensethik.

Anhang: Zusammenfassung in drei Thesen

Die hier zur Diskussion gestellten Überlegungen zur aktuellen politischen Lage in Deutschland lassen sich in drei Thesen zusammenfassen:

1. Populismus ist eine demokratie-endogene Unzufriedenheits-Reaktion auf ungelöste Strukturprobleme. Der Form nach handelt es sich um eine Elitenbeschimpfung ‚von unten‘. Das ist nicht neu. Neu ist hingegen der Anti-Populismus ‚von oben‘, mit dem die beschimpften Eliten ihrerseits zu einer Gegenbeschimpfung ihrer populistischen Kritiker übergegangen sind.
2. In dieser besonderen Situation muss man fragen, nicht *Wer*, sondern *Was* die Demokratie gefährdet. Fragt man nach dem *Wer*, so verweisen Populisten auf ‚die da oben‘ und Antipopulisten auf ‚die da unten‘. Fragt man hingegen nach dem *Was*, so erkennt man, dass es gerade die toxische Symbiose von Populismus und Anti-Populismus ist, die die Demokratie gefährdet, weil Diskurse trivialisiert, tribalisiert und tribunalisiert werden – mit der Folge, dass Prozesse kollektiver (Selbst-)Verständigung zum Erliegen kommen.
3. Wehrhaft wird unsere Demokratie dadurch, dass sie prozedurales Diskurs- und Politikversagen adressiert. Wir benötigen eine Revitalisierung der „epistemic commons“ durch zivilisierte Streit-*Kultur*: durch mündigen Medienkonsum, höflich bleibenden Widerspruch und inhaltlich integre Diskussionsformate, die faire Darstellungen der Gegenposition einfordern. Akkumuliertem Reformstau und erodiertem Systemvertrauen kann man nur durch eine wieder gesteigerte Problemlösungsfähigkeit politischer Prozesse wirksam entgegentreten. Dies erfordert, die auf Diskursversagen zusteuernde Degenerationslinie von *entertainment* über *infotainment* zu *angertainment* gezielt abubrechen.



NACHRUF

Doris Lachmann

Am 14.6.2025 verstarb die ehemalige Sekretärin der GWE Frau Doris Lachmann im Alter von 72 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit. Frau Lachmann, Ehefrau des Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann, Ph.D., übernahm die Mitverantwortung für die Organisation von Tagungen und der Erstellung und dem Versand von Publikationen von Mitte 2004 und führte ihre Aufgaben mit Sorgfalt und Engagement bis Mitte 2013 aus, als das GWE-Sekretariat dann durch Frau Nadine Jung übernommen wurde. Prof. Dr. Christian Müller sagt: „Wir sind sehr dankbar, für die Unterstützung, die Frau Lachmann unmittelbar und kompetent für die GWE eingebracht hat. Zeitlich viel weitreichender und umfassender war ihre Bereitschaft, ihrem Mann bei der langjährigen Leitung der GWE den Rücken frei zu halten und ihn dafür immer wieder von anderen Verpflichtungen zu entlasten.“ Die GWE wird Frau Doris Lachmann ein ehrenvolles Andenken bewahren. Wir bitten Gott um Trost und Gnade für die Angehörigen.



Schluss oder Fehlschluss der Menschenwürde?

Zur gescheiterten Richterwahl für das Bundesverfassungsgericht

Von Christian Müller

Es war ein gewaltiger Paukenschlag, als vor der parlamentarischen Sommerpause unter großer medialer Aufmerksamkeit die Wahl der Juraprofessorin Frauke Brosius-Gersdorf zur Verfassungsrichterin durch den Deutschen Bundestag scheiterte. Dem Tag der am Ende verschobenen Abstimmung war ein breiter Protest in der Öffentlichkeit, besonders in den sozialen Medien, vorausgegangen; und selbst einige katholische Bischöfe hatten im Vorfeld ihre Bedenken gegen die Kandidatur der Potsdamer Hochschullehrerin geäußert. Der Grund des Protests war nicht etwa die wissenschaftliche Qualifikation der Kandidatin, die niemand in Frage stellte, sondern ihre ethischen Überzeugungen. Denn in einer Festschrift hatte sie sich 2024 zustimmend zu Überlegungen ihres akademischen Lehrers Horst Dreier geäußert, dessen eigene Nominierung für das oberste deutsche Gericht 2008 ebenfalls gescheitert war: „Die Annahme, dass die Menschenwürde überall gelte, wo menschliches Leben existiert“, so Brosius-Gersdorf, „ist ein biologistisch-naturalistischer Fehlschluss. Menschenwürde- und Lebensschutz sind rechtlich entkoppelt.“¹ Mehrere andere Autoren der Festschrift äußern sich ähnlich zustimmend zu Dreiers Fehlschluss-Behauptung.

Worum geht es dabei? Dem Vorwurf des naturalistischen Fehlschlusses, der auch als Sein-Sollens-Fehlschluss bezeichnet wird, liegt die Position des sog. Non-Naturalismus zugrunde, die auf die Philosophen David Hume (1711-1776) und George Edward Moore (1873-1958) zurückgeht. Im Kern geht es darum, dass man aus der Tatsache, dass etwas existiert (= Sein), nicht schließen dürfe, dass es auch existieren soll. Aus Aussagen über das Sein, so das Argument, darf man ausschließlich Aussagen über das Sein herleiten. Zum Beispiel könnte man aus den beiden Seinssätzen „München liegt in Deutschland.“ und „Deutschland liegt in Europa.“ logisch auf die Seinsaussage schließen: „München liegt in Europa.“ Um aus einem Argument Wertaussagen logisch herzuleiten, benötigt man demgegenüber mindestens eine wertende Annahme. So könnte man zum Beispiel aus dem Seinssatz „München liegt in Europa.“ und dem wertenden Satz „In München ist es schön.“ auf den wertenden Satz schließen: „In Europa gibt es einen Ort, an dem es schön ist.“

„Humes Gesetz“, die bekannteste Variante des Arguments, wendet diesen Sachverhalt auf die Moral an. Danach darf man – ohne zusätzliche Annahmen – nicht von einer Beschreibung eines Zustandes in der Welt auf ein moralisches Gebot schließen. Aus der Tatsache etwa, dass Menschen gern Bier trinken (= Sein), darf also nicht geschlossen werden, dass es moralisch richtig ist, dass sie (oder andere Menschen) Bier trinken (= Sollen). Aus der Tatsache, dass ein Mensch eine bestimmte Krankheit hat (= Sein), kann man nicht schließen, dass es moralisch gut ist, dass der Mensch diese Krankheit hat (= Sollen). Und aus der Tatsache, dass es in meinem Schlafzimmer heute Nacht eine Mücke gab (= Sein), kann nicht geschlossen werden, dass dieses Insekt auch existieren sollte. (Im Gegenteil: Ich fühlte mich moralisch sogar im Recht, als ich sie erschlug!) Das alles ist nahelegend. Worin also besteht das Problem?

Das Problem liegt darin, dass die Juraprofessorin das Sein-Sollens-Argument auch auf den Menschen anwendet, indem sie sagt, aus der Tatsache, dass „menschliches Leben“ (ist das etwas anderes als ein Mensch?) existiert (= Sein), dürfe nicht geschlossen werden, dass dieses Leben auch schutzwürdig sei (= Sein). Das aber ist die wesentliche Annahme unseres Grundgesetzes, das in seinem ersten Artikel besagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dieser Verfassungsartikel wird traditionell christlich begründet – daraus, dass Gott den Menschen als sein Ebenbild und mit einer unendlichen Würde geschaffen hat (Genesis 1,26-27).

Der Non-Naturalismus ist eines der Grunddogmen der Moderne. Es ist die Arbeitsgrundlage aller modernen Erfahrungswissenschaften; selbst in der Theologie der Gegenwart nimmt man typischerweise Humes Gesetz als Basis. Dabei ist der Non-Naturalismus nur Ausdruck einer spezifischen Philosophie, die man gar nicht teilen muss. 1981 veröffentlichte der schottisch-amerikanische Philosoph Alasdair MacIntyre (1929-2025) ein einflussreiches Buch („Verlust der Tugend: Zur moralischen Krise der Gegenwart“), in dem er darlegte, auf welch tönernen Füßen der angeblich so sichere Non-Naturalismus steht. MacIntyres Hauptthese: Der Ethik ist das Telos abhandengekommen!

1 Frauke Brosius-Gersdorf: Menschenwürdegarantie und Lebensrecht für das Ungeborene. Reformbedarf beim Schwangerschaftsabbruch, in: F. Brosius-Gersdorf u. a. (Hrsg.): Rechtskonflikte: Festschrift für Horst Dreier zum 70. Geburtstag, Tübingen: Mohr-Siebeck, S. 756. Sie bezieht sich dabei zustimmend auf eine Aussage Horst Dreiers.

MacIntyre zeigt, dass Humes Gesetz nur auf der Basis einer Ethik (dem „Emotivismus“) Geltung beanspruchen könne, nach der moralische Urteile lediglich Ausdruck eigener emotionaler Einstellungen sind. Nach dieser Position können moralische Aussagen nie beanspruchen, wahr oder falsch zu sein, sondern können lediglich subjektive Überzeugungen (sog. Subjektivismus) oder kollektive Bräuche (sog. Relativismus) ausdrücken. Von der Antike bis weit ins 18. Jahrhundert hinein wurde das, so MacIntyre, jedoch ganz anders gesehen. Wenn etwa Aristoteles oder Thomas von Aquin vom „Menschen“ sprachen, dann machten sie damit nicht nur eine Existenzaussage (= Sein), sondern auch eine Aussage über eine mit dessen Sein verbundene Aufgabe: ein *Telos* (griech.: Ziel, Bestimmung), das bezeichnet, woraufhin der Mensch geschaffen ist. Dieses *Telos* lebt bis heute im Begriff der allgemeinen und unveräußerlichen Menschenrechte fort. Wer von Menschenrechten spricht, begeht nämlich nichts anderes als den obigen (angeblichen) Fehlschluss: Er folgert aus der Seinstatsache, dass ein Mensch existiert, unmittelbar die Forderung, dass dieser Mensch auch bestimmte moralische Ansprüche (z. B. Grundrechte) hat. Auch wenn man in der Wirtschaft davon redet, dass eine Unternehmensmitarbeiterin „professionell“ gearbeitet hat, ist typischerweise nicht das bloße Faktum (= Sein) gemeint, dass sie ihren Beruf ausgeübt hat, sondern, dass sie ihn gut ausgeübt hat – im Sinne der Zielsetzung, die ihrem Beruf zugrunde liegt.

Worum es in der Auseinandersetzung um die Wahl der Juraprofessorin im Grunde also geht, ist die Frage, ob der Mensch sich den Sinn für sein Leben selbst gibt – oder ob er den Sinn seines Lebens von Gott empfängt. In einer geschaffenen Welt, in der Gott die Ursache allen Seins und allen Sollens ist, sind Sein und Sollen – in letzter Konsequenz – nicht voneinander trennbar. So schließt die Bibel ganz selbstverständlich aus der Tatsache, dass etwas geschaffen ist (= Sein), darauf dass es gut ist und deshalb so sein *soll*: „Du (Gott) liebst alles, was ist, und verabscheust nichts von dem, was du gemacht hast; denn hättest du etwas gehasst, so hättest du es nicht geschaffen“ (Weisheit 11,24). Die Welt ist – mit anderen Worten – liebenswert, weil Gott sie geschaffen hat. Wir sind Gottes Ebenbild, weil Gott uns so gewollt hat, wie wir sind. Und deshalb ist es unsere Bestimmung, unserem – von Gott empfangenen – Wesen gemäß zu leben. Dies ist der tiefere Grund für unsere „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, von der das deutsche Grundgesetz in seiner Präambel spricht.

Schaut man auf den Grund unseres Daseins (dass wir von Gott geschaffen sind), dann löst sich der Vorwurf des naturalistischen Fehlschlusses in nichts auf! Mehr noch: Dem *Telos* – dem Plan Gottes für unser Leben – zu folgen, ist nach christlicher Überzeugung sogar der *einzige* Weg, um glücklich zu werden. Es ist, so die Bibel, (allein) das Leben in der göttlichen Wahrheit, das uns frei macht (Johannes 8,32). Oder, wie es Papst Benedikt in seiner letzten Enzyklika ausdrückte: „Jeder findet sein Glück, indem er in den Plan einwilligt, den Gott für ihn hat, um ihn vollkommen zu verwirklichen“ (Caritas in Veritate, Nr. 1).

Und genau darin liegt der Skandal um die verhinderte Verfassungsrichterin: Wer einem Menschen nicht (die volle) Menschenwürde zuerkennen möchte – die Juristin diskutiert verschiedene Abstufungen der Menschenwürdegarantie für den Embryo –, der entkernt gewissermaßen unsere Verfassung: Denn er hält den Menschen dann nicht mehr um seiner selbst willen für liebens- und schützenswert. Würde ist dann nicht mehr etwas, das der Mensch hat, sondern das ihm – mehr oder weniger großzügig – von irgendwelchen Parlamenten oder Ge-

richten zuerkannt wird. Letztlich ist unter diesen Bedingungen nicht einmal mehr klar, was eigentlich ein Mensch ist. Schon MacIntyre hatte darauf hingewiesen, dass die Abkehr von der Teleologie notwendig in einen Nominalismus münden werde, der bestreitet, dass allgemeine Begriffe reale Entsprechungen haben könnten. Die endlosen Definitionsversuche in der Lebensrechtsdebatte, ob es Unterschiede zwischen Menschen und „menschlichem Leben“ gebe, was das Menschsein voraussetzt und wann es beginnt oder endet, machen deutlich, wie recht er damit hatte.

Wie es scheint, drehen sich praktisch alle ethischen Debatten, die wir heute in der Politik führen, genau hierum: ob der Mensch sich selbst seine Bestimmung gibt oder ob er diese von Gott empfängt. Wenn die Tatsache, dass ein Mensch existiert, nicht ausdrückt, dass er auch existieren *soll*, dann spräche moralisch nichts gegen assistierten Suizid oder (freiwillige) Euthanasie. Wenn der Mensch vor der Geburt nur ein „Zellhaufen“ ohne Wert ist, dann wären verbrauchende Embryonenforschung und Abtreibung moralisch völlig unbedenklich. Wenn die Tatsache, dass ich biologisch ein Mann bin, nicht ausdrückt, dass ich ein Mann sein *soll*, dann könnte ich (je nach Stand der Medizin) mein Geschlecht beliebig operativ verändern (lassen). Es ist das *Telos* – die Bestimmung – des Menschen, an der alle diese Fragen hängen.

Solange es aber Gott ist, der einen Plan hat für unser Leben, in den zu stellen jeder einzelne von uns aufgefordert ist, ist es keineswegs ein logischer „Fehlschluss“, sondern ein Gebot der Vernunft, wenn Bischöfe ihr Befremden darüber äußern, dass eine Kandidatin für das Verfassungsgericht Menschsein und Menschenwürde teilweise voneinander trennen will. Vor allem aber ist es ein Gebot der Moral. Denn an der Frage nach der Bestimmung des Menschen hängt die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte. Und dazu kann die Kirche unmöglich schweigen



Prof. Dr. Christian Müller

lehrt Volkswirtschaftslehre, ökonomische Bildung und Wirtschaftsethik an der Universität Münster. Kürzlich erschien sein neuestes Buch „Grundzüge der Wirtschafts- und Unternehmensethik“ (Schäffer-Poeschel). Der Beitrag erschien zuerst in Die Tagespost vom 8. August 2025.



Foto: unsplash.com



Foto: unsplash.com

Rückkopplung von wirtschaftlicher, sozialer und spiritueller Gesundheit nötig

von Dr. Matthias Vollbracht

Am 11. August 2025 erschien in der New York Times ein Essay von David Brooks mit dem Titel: „Warum immer mehr Leute auf der Welt hoffnungsvoll sind (außer uns)“. Er analysiert darin einen paradoxen Befund: Das weltweite Wohlbefinden steigt, während es in reichen westlichen Ländern deutlich sinkt. Gallup-Daten aus 142 Ländern zeigen, dass der Anteil der Menschen, die ihr Leben als „gelingend“ empfinden, seit einem Jahrzehnt zunimmt; nur noch 7 Prozent geben an, zu „leiden“ – der niedrigste Wert seit 2007. Besonders stark wächst das Wohlbefinden in Ländern wie dem Kosovo, Vietnam oder Paraguay. Dagegen verzeichnen die USA, Kanada, Westeuropa, Australien und Neuseeland einen markanten Rückgang: 2007 fühlten sich dort 67 Prozent der Menschen hoffnungsvoll, heute nur noch 49 Prozent.

Brooks sieht den Kern des Problems in der **Entkopplung von wirtschaftlicher und sozialer Gesundheit**. Trotz wachsender Wirtschaft, höherer Löhne und niedriger Arbeitslosigkeit nehmen in den USA Suizide, Einsamkeit und Vertrauensverlust zu. Die materiellen Bedingungen verbessern sich, die sozialen und spirituellen Grundlagen erodieren. Wohlbefinden, so Brooks, entsteht aus einem Dreiklang von steigendem Lebensstandard, sozialen Bindungen und sinnstiftenden Werten.

Daten von Gallup und der **Global Flourishing Study** (Harvard & Baylor Universities) bestätigen diese Sicht. Gesellschaften, die wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verwurzelung und spirituellem Sinn verbinden, erzielen die höchsten Flourishing-Werte – etwa Israel oder Polen. Länder wie Japan oder die skandinavischen Staaten erreichen materiellen Wohlstand, aber geringes Sinnempfinden. Dagegen schneiden ärmere, religiös geprägte Gesellschaften wie Indonesien, Mexiko und die

Philippinen überraschend gut ab: Sie haben starke Gemeinschaften und einen stabilen Wertekanon.

Tyler VanderWeele, Leiter der Harvard-Studie, sieht als Erklärung dahinter folgendes Prinzip: „*Man bekommt das, was man am meisten schätzt.*“ Westliche Länder, die vor allem wirtschaftlichen Erfolg priorisieren, verlieren an sozialem und spirituellem Kapital. Brooks sieht hierin eine **Folge kultureller Werteververschiebung**: Seit den 1960ern haben Nordamerika und Westeuropa stärker säkulare, individualistische und selbstverwirklichungsorientierte Ideale entwickelt – im Gegensatz zu eher gemeinschaftlich orientierten Kulturen in Osteuropa, Asien oder Lateinamerika. Diese „Ethik der Autonomie“ fördere Entfremdung und schwäche soziale Netze.

Am stärksten betroffen sind laut Brooks **junge Menschen** in westlichen Ländern: Sie wachsen in misstrauischeren, atomisierten Gesellschaften auf, ohne stabile Gemeinschaften. Das traditionelle U-förmige Glücksprofil (jung – mittelalt – alt) ist zu einer flachen Linie geworden: Junge Menschen sind heute unglücklicher als je zuvor. Besonders junge Progressive leiden, da sie die hyperindividualistischen Werte am stärksten internalisieren; Umfragen in den USA zeigen dramatisch höhere Depressionsraten unter liberalen Studierenden im Vergleich zu konservativen.

Brooks' Diagnose ist scharf: „**Gier**“ – eine einseitige Fixierung auf materiellen Erfolg – habe die sozialen und moralischen Fundamente des menschlichen Gedeihens untergraben. Schulen vermittelten berufliche, nicht aber soziale oder spirituelle Bildung; kulturelle Ideale überhöhten persönliche Freiheit auf Kosten von Bindung und Verantwortung.

Sein Fazit: Westliche Gesellschaften müssen ihre Wertprioritäten neu justieren – Sinn, Gemeinschaft und Tugendhaftigkeit wieder als gleichrangig zu Wohlstand begreifen. Nur dann kann eine Kultur „florieren“, nicht bloß funktionieren. Aus christlicher Perspektive kann der Analyse und dem Therapie-Vorschlag im Grundsatz zugestimmt werden. Allerdings geht es nicht um eine beliebige Füllung der Werte-Leere. Im Lukasevangelium 10:27 heißt es „Du sollst Gott, deinen HERRN, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüte und deinen Nächsten wie dich selbst“. Mit dieser neuen Ausrichtung wird die Fixierung auf sich selbst in doppelter Hinsicht durchbrochen.



Dr. Matthias Vollbracht

ist Ökonom und Medienwissenschaftler. Nach dem Studium in Mainz (Abschluss Diplom-Volkswirt) arbeitete er zunächst als Journalist und seit 1994 als verantwortlicher Researcher für Wirtschaft beim Medienforschungsinstitut Media Tenor (Zürich/Wien). Matthias Vollbracht arbeitet im Vorstand der GWE als 1. Vorsitzender mit, ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und lebt bei Bonn.

Quellenverweis: Brooks, David (11.8.2025). Why More People in the World Are Feeling Hopeful (Except Us). International New York Times.

Vorstandswechsel bei der GWE

Auf der Mitgliederversammlung in Münster wurde turnusgemäß ein neuer Vorstand berufen. Prof. Dr. Christian Müller und Prof. Dr. Dr. Elmar Nass standen nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung. Zum neuen ersten Vorsitzenden wurde Dr. Matthias Vollbracht und zum stellvertretenden Vorsitzenden Christian Heuser gewählt. Zum Schriftführer wurde Prof. Dr. Helmut de Craigher, zum Kassierer Wolf-Rüdiger Thies und zu Beisitzern Pater Johannes Zabel, Prof. Dr. Gerald Mann und Karl Möckel berufen. Der Vorstand dankt Prof. Müller und Prof. Nass ganz herzlich für ihren außerordentlichen Einsatz für die GWE in den letzten Jahren. Der neue Vorstand möchte in den kommenden Monaten an einer Neuausrichtung der GWE arbeiten. Interessierte Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich aktiv daran zu beteiligen. Bitte bei Christian Heuser oder Dr. Matthias Vollbracht melden.

Über die GWE

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben Bücher zu verschiedenen Themen der Wirtschaftsethik heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Dr. Matthias Vollbracht, Ehrenvorsitzender ist Prof. i.R. Dr. h.c. Werner Lachmann, Ph.D.. Zweiter Vorsitzender ist Christian Heuser. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an Prof. Dr. Helmut de Craigher, Prof. Dr. Gerald Mann, Karl J. Möckel und Wolf-Rüdiger Thies und Pater Johannes Zabel.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.

Impressum

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (GWE)
c/o Dr. Matthias Vollbracht
Sandkaule 67
53757 Sankt Augustin
E-Mail: info@wirtschaftundethik.de
Internet: <http://wirtschaftundethik.de>

Bankverbindung:

Gwe eV Ges.z.Foerderung v.Wirt-
Sparda-Bank Nürnberg e.G.
IBAN: DE82 7609 0500 0001 0210 60
BIC: GENODEF 1S06

Herstellung & Versand

Layout: Jürgen Bogedain
Druck: Müller Fotosatz & Druck GmbH
Johannes-Gutenberg-Str. 1
95152 Selbitz/Hochfranken
Telefon +49 (0)92 80 /971-0
www.druckerei-gmbh.de

Wirtschaft & Ethik erscheint halbjährlich.

Die in den einzelnen Beiträgen vertretenen Ansichten stellen nicht unbedingt die Meinungen der Redaktion und/oder der GWE insgesamt dar.

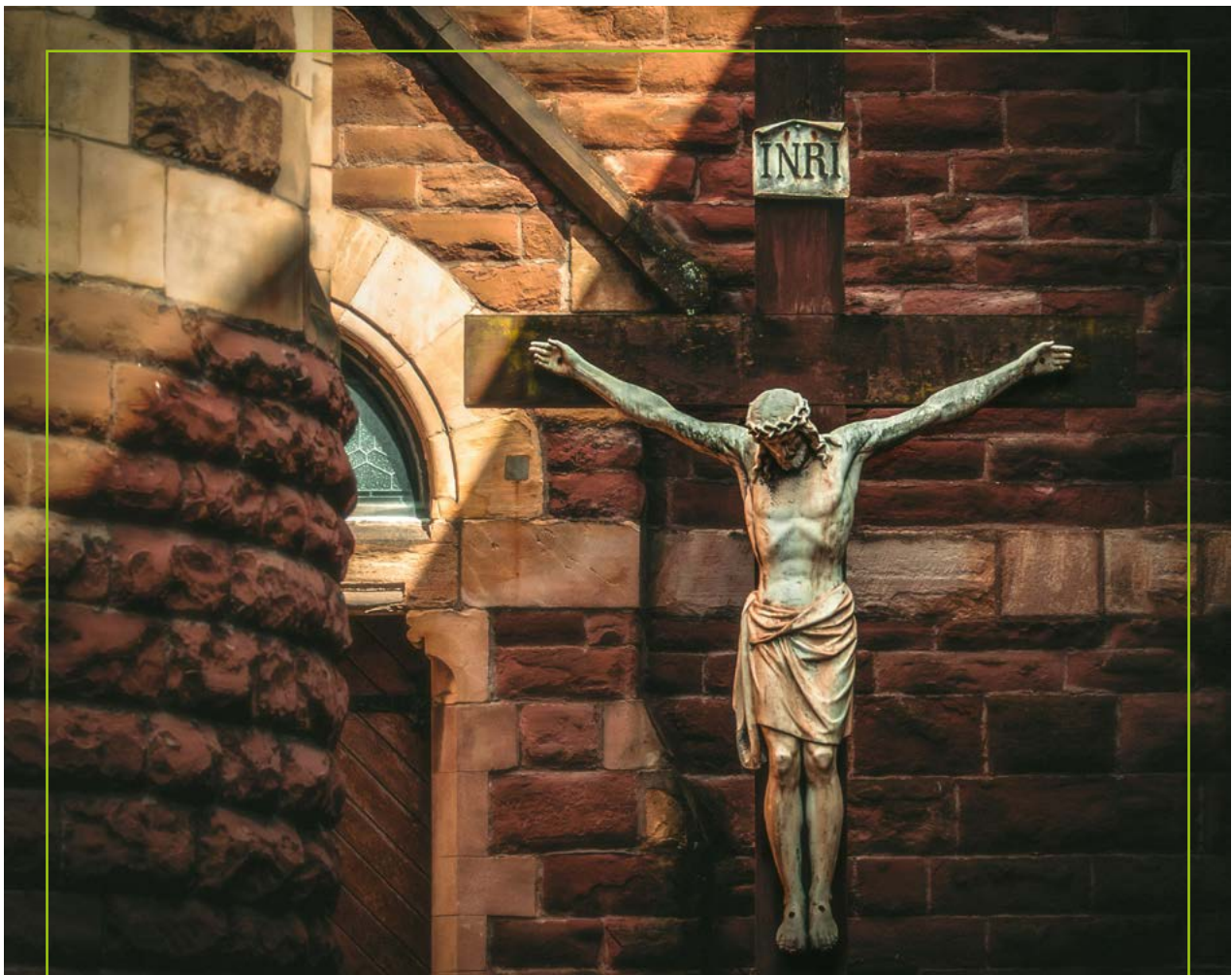


Foto: unsplash.com

Ein Kruzifix ist auch eine Erinnerung an ein Vorbild

Wieder einmal haben zwei atheistische Schüler Recht bekommen, die sich von einem Kruzifix in ihrer früheren Schule in ihrer „Glaubensfreiheit“ verletzt fühlten. Zu wenig ist es, dagegen das Kreuz als Symbol von Kultur oder Tradition zu verteidigen. Die Berechtigung seiner Öffentlichkeit setzt tiefer an. Was eigentlich stört an dem Abbild von Jesus Christus, der für Nächstenliebe, Vergebung, Frieden und Hoffnung eintrat? Ist Jesus nicht selbst für diejenigen, die ihn nicht als Sohn Gottes anerkennen, ein wunderbares Beispiel für Menschlichkeit und vorbildliches Miteinander in unserer Gesellschaft? Wer sich gegen das öffentliche Kruzifix stellt, stellt sich gegen Grundwerte unserer Demokratie. Auch ist mir bislang noch kein Fall bekannt, dass etwa Bilder von Charles Darwin, Johann Wolfgang von Goethe oder Rosa Luxemburg in Schulen abgehängt wurden, weil sie die Gefühle von Christen verletzten. Zahllose Christen müssen solche Bilder von Atheisten oder Pantheisten täglich ertragen. Das interessiert keinen. Da läuft gehörig etwas schief in punkto Gleichheit vor dem Gesetz. Interessant ist auch, dass nicht etwa Muslime auf Glaubensfreiheit pochten, sondern Atheisten. Es liegt die Vermutung nah, dass hier Schüler von Religionsfeinden wie der Giordano-Bruno-Stiftung oder der Humanistischen Union instrumentalisiert werden. Denken wir daran, wie das Tanzverbot am Karfreitag gekippt wurde. Die damit verletzten Gefühle der Christen spielen keine Rolle. All das wirft kein gutes Licht auf unsere Gerichte, wenn von ihnen die Gefühle der Christen, die den Anblick des Kreuzes wie den Karfreitag schätzen, nicht vertreten werden. Es wird Zeit, dass Gerichte in Deutschland den Christen in ihren Gefühlen Gerechtigkeit verschaffen. Dass sie das Vorbild Jesus als Gewinn für unsere Demokratie erkennen. Und dass sie nicht demjenigen Recht zusprechen, der spaltet, sondern demjenigen, der sich unserer urenischen Ordnungsidee verpflichtet weiß. Alle anderen verraten die Grundfesten unserer Sozialen Marktwirtschaft.



Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

ist katholischer Theologe und Ökonom. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie.